

Ein anderes Sozialsystem

Soziale Sicherheit – ein Grundrecht, kein Versicherungsfall

Die Art und Weise, wie der Staat finanziert werden soll, ist der eine große gesellschaftliche Streitpunkt, der andere ist, wie das Sozialsystem zu finanzieren ist. Die Diskussionen über das Gesundheitssystem und die Altenpflege, über die Sicherheit der Rente, über die Last der Sozialhilfe reißen nicht ab und setzen Ängste: Werden wir uns in Zukunft überhaupt noch ein solches Maß an sozialer Sicherheit leisten können? Ich denke: Die Frage allein ist ein Hohn auf den großartigen Fortschritt, den wir doch nach herrschender Auffassung unaufhaltsam durchlaufen. Vor 20 Jahren konnten wir sie uns leisten, und jetzt, wo die Produktivität unserer Wirtschaft so viel größer geworden ist und weiter wächst, jetzt muss plötzlich der Mangel beschworen werden?

Ich behaupte: Diese „Mangelerscheinungen“ bzw. tatsächlichen oder vermeintlichen Engpässe haben etwas mit der anachronistischen Finanzierung des Sozialsystems zu tun. Eine Finanzierung, die an den Faktor Arbeit gebunden ist und diesen (wie die ebenfalls anachronistische Lohnsteuer; s. „Wir brauchen ein anderes Steuersystem www.mueller-reissmann.de) zusätzlich belastet und mehr und mehr erdrückt. Und die, indem sie so die Arbeitslosigkeit fördert, sich selbst das Wasser abgräbt. Eine andere, nicht mehr an den Faktor Arbeit gebundene Finanzierung des Sozialsystems würde neben der Reform des Steuersystems ein zweites großes Steuerungspotential in Richtung Nachhaltigkeit eröffnen. Sie würde nicht nur der ewigen Flickschusterei am Sozialsystem und den Ängsten ein Ende bereiten, ob unser Sozialsystem auch in Zukunft noch trägt, sondern das Sozialsystem selber würde durch die andere Finanzierung zu einer tragfähigen optimistischen Perspektive für die Zukunft beitragen. Das Sozialsystem kann von einer Last zu einer Chance für die Gesellschaft werden.

Dieser ganze Komplex erfährt heute eine zusätzliche Schärfe durch das viel beschworene „demografische Problem“. Der soziale Frieden sei durch einen drohenden „Krieg zwischen den Generationen“ in Gefahr, heißt es. Aber ist das wirklich die unumstößliche Wahrheit, vor der es kein Ausweichen gibt: dass immer weniger Arbeitende *mit ihren Beiträgen* zur Rentenversicherung die Last einer wachsenden Zahl von Rentnern tragen müssen? Und dass deshalb mehr private Altersvorsorge unabweisbar ist?

1. Eine ganz andere Finanzierung des Sozialsystems

Nicht nur die Lohnsteuer, sondern auch die Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sowie weitere Lohnnebenkosten belasten heute den Kostenfaktor Arbeit massiv. Den größten Anteil an den Lohnnebenkosten machen die vier genannten Versicherungen aus, die im jetzigen System je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden.

Um den Kostenfaktor Arbeit wirksam zu entlasten, wird sie neben der Lohnsteuer auch von diesen Versicherungen befreit.¹ Dabei geht es nicht etwa darum, dass der Arbeitgeber seinen Anteil nicht mehr zahlt (das wäre Sozialabbau in Reinkultur!), sondern dass die Bindung dieser Versicherung an die Arbeit grundsätzlich aufgehoben wird. Mit anderen Worten: die

¹ Urlaubs- und Weihnachtsgeld sind kein Thema sozialer Sicherheit; sie müssen hier nicht behandelt werden. Anders verhält es sich mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Hier erscheint es mir nicht ganz unvernünftig, diesen Kostenfaktor als einzigen neben dem Nettolohn bei der Arbeit zu belassen – gewissermaßen als zusätzlichen Anreiz für die Unternehmen, sich um gesunde Arbeitsbedingungen zu kümmern.

Arbeit wird von beiden Hälften: vom Arbeitgeber- wie vom Arbeitnehmeranteil entlastet. Denn unter dem Aspekt des Kostenfaktors sind „Arbeitgeberanteil“ und „Arbeitnehmeranteil“ nicht sachlich unterschieden; beide verteuern den Faktor Arbeit in der betriebswirtschaftlichen Kalkulation der Unternehmen.

An dieser Stelle muss der Leser davor gewarnt werden, nicht in die Falle eines Missverständnisses zu tappen. Die beliebte Rede von der Notwendigkeit, die sog. „Lohnnebenkosten“ zu senken, kommt in der Regel aus demselben Munde, der die Überforderung der Wirtschaft durch unser soziales System beklagt. Im Folgenden geht es nicht um Sozialabbau oder Entlastung der Wirtschaft von der Last von zu viel sozialer Errungenschaft, sondern – wie bei der „Revolution“ des Steuersystems – um *Kostenverschiebung* innerhalb der Wirtschaft. Das Sozialsystem wird nicht abgebaut, sondern anders finanziert. Um es plakativ und verkürzt zu sagen: Aus *Lohnnebenkosten* werden *Energienebenkosten, Transportnebenkosten* usw.

Der Ansatz steht diametral zu all den Bemühungen, die in Richtung „Teilprivatisierung“ des Sozialsystems und Zurückdrängen des Solidarprinzips weisen. Das Sozialsystem soll im Gegenteil auf die *breitest mögliche* Basis gestellt werden, indem gewissermaßen ein „Umlageverfahren“ in einem erweiterten Sinne zur Finanzierung von Renten, Krankenversorgung usw. etabliert wird, an dem sich *alle ohne Ausnahme* beteiligen und alle ohne Ausnahme profitieren:

Das Sozialsystem wird neu organisiert und nicht mehr über Beiträge von Arbeitenden, sondern vollständig über die neuen umweltrelevanten Verbrauchssteuern (Energie/Rohstoff-, Umwelt-, Transportsteuer) finanziert.

Selbst wenn man von den negativen Folgen des bisherigen Finanzierung (durch die zusätzliche Belastung des ohnehin bedrohten Faktors Arbeit) absieht, allein die „inneren Systemlogik“ legt eine solche Neuorganisation nahe:

Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung - das Gemeinsame dieser drei Versicherungen besteht darin, dass sie sich auf mögliche Lebenssituationen beziehen, die *jeden* treffen können. Schon von daher macht es keinen rechten Sinn, ihre Finanzierung an den Sachverhalt des Arbeit-Habens zu binden.² Damit sind von vornherein Lücken im System vorhanden und die Notwendigkeit irgendwelcher, zumeist komplizierter, Zusatzregelungen für die anderen vorprogrammiert. Eine Finanzierung über Steuern, an denen sich wirklich alle beteiligen – wie auch alle von den Leistungen des Systems profitieren -, erscheint hier logischer.

Etwas anders liegt der Fall bei der **Arbeitslosenversicherung**, denn arbeitslos *werden* kann in der Tat nur der, der Arbeit hat, und insofern erscheint es recht und billig, dass der, der Arbeit hat, für den Fall, dass er arbeitslos wird, eine Versicherung abschließen muss. Man kann dagegen zweierlei einwenden. Erstens gibt es viele, die arbeitslos *sind*, ohne je eine Arbeit gehabt zu haben. Für diese greift eine solche Versicherung nicht. Zum zweiten gibt es das „Arbeitslosengeld“ aus der Versicherung immer nur für kurze Zeit, dann muss ohnehin die (steuerfinanzierte) „Arbeitslosenhilfe“ (oder wie immer man sie nennen mag) einspringen. Warum dann nicht das System ganz vereinfachen und den Faktor Arbeit auch durch Wegfall der Arbeitslosenversicherung entlasten?

² Das ist keine Kritik an der Sozialgesetzgebung, der wir diese Versicherungen verdanken. Unter den historischen Bedingungen ihrer gesetzlichen Einführung war es ein großer Fortschritt, dass ein Arbeiter zu einer Zukunftsvorsorge verpflichtet wurde, so dass er im Krankheitsfall oder Alter nicht vor dem Nichts stand. Unter heutigen Bedingungen, vor allem der hohen Produktivität, sind jedoch intelligentere Modelle möglich und nötig.

Ein weiterer wichtiger Gewinn: Mit der Finanzierung des Sozialsystems über Verbrauchssteuern, die alle bezahlen, statt über Beiträge von Arbeitsplatzbesitzern, wäre die Angst machende, sozial destruktive Vorstellung vom Tisch, demnächst würde an jedem Jungen, der einen Arbeitsplatz hat, ein Alter hängen, den er miternähren muss.

Hiergegen drängt sich sofort der Einwand auf, dass die andere Art der Finanzierung doch absolut nichts an der schlichten Tatsache ändert, dass der nicht arbeitende Teil einer Bevölkerung von dem arbeitenden Teil ernährt bzw. mitversorgt werden muss. Und wenn es immer mehr Rentner gibt, wird es für den arbeitenden Teil eng, so oder so.

Ob es hier tatsächlich „eng“ wird, ist eine Frage für sich. Denn erstens haben wir wie schon erwähnt eine hohe, steigende Arbeitsproduktivität – warum sollten da so massive Probleme bei der Mitversorgung der Rentner entstehen? Und zweitens wird, wenn das „demografische Problem“ und die Nichtfinanzierbarkeit des heutigen Rentensystems (das auf einem Umlageverfahren basiert) beschworen werden, die Tatsache unterschlagen, dass gleichzeitig bei Bevölkerungsrückgang am unteren Ende der Alterspyramide weniger Kinder und Jugendliche mitversorgt werden müssen. Das mit dem „eng werden“ für den arbeitenden Teil der Bevölkerung ist also lange nicht so dramatisch, wie es von interessierten Kreisen dargestellt wird. Übrigens: Wenn diese „interessierten Kreise“, die offen oder versteckt für die private Altersvorsorge werben³, Recht hätten mit ihrer These, wie sollte es denn dann plötzlich mittels einer privaten Vorsorge möglich sein, dass so wenige Arbeitende so viele Rentner auf dem erwünschten hohem Wohlstandsniveau ernähren können?

An dem banalen Sachverhalt, dass immer die Arbeitenden die Nichtarbeitenden miternähren müssen, ändert die vorgeschlagene neue Finanzierung der sozialen Sicherheit nichts (ebenso wenig, wie es private Vorsorge tut). Worum es mit der neuen Finanzierung geht: einen Weg zu finden, auf dem nicht zusätzlich unnötigerweise eine große (und wachsende) Zahl von Menschen, die arbeiten können und wollen, mit „durchgeschleppt“ werden müssen, weil man sie nicht arbeiten lässt. Oder anders ausgedrückt: Wir brauchen einer Form der Finanzierung, die nicht noch die Arbeitslosigkeit fördert, sondern sie abbauen hilft. Doch das ist nicht das einzige Ziel. Wie beim Steuersystem geht es zugleich um mehr Umweltverträglichkeit (s.u.).

2. Soziale Sicherheit für alle

Im neuen Modell werden **Arbeitslosengeld**, eine **Grundrente für alle** und eine **Krankenversorgung für alle** über die Verbrauchssteuern finanziert. An den Verbrauchssteuern sind automatisch und ohne jede Bürokratie *alle ohne Ausnahme* beteiligt, nicht nur die Arbeitnehmer, die heute als „gesetzlich Versicherte“ in das Sicherungssystem einzahlen müssen, und alle Personen hoher und höchster Einkommen, die sich heute auf ihre Weise ihre soziale Sicherheit „freiwillig“ verschaffen, sondern auch Arbeitslose, Rentner, Studenten, Schüler, Kleinkinder - einfach alle, die etwas verbrauchen. Insofern ist es „stimmig“, dass auch alle vom System sozialer Sicherheit im Alter und im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit profitieren. (Die Frage, ob es dafür auch eine sozialetische „Berechtigung“ gibt, wird weiter unten aufgegriffen).

³ Vgl. zu diesem Komplex Albrecht Müller: Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet, Knauer, München, 2007, bes. S.128ff., S.291ff.

Ist es aber nicht ungerecht, wenn die Einkommensstarken, die mehr und teurer konsumieren und damit ja auch in einem System, das nur auf Verbrauchssteuer basiert⁴, deutlich mehr Steuern bezahlen, dann nur die gleiche Grundrente bekommen? Ich würde diesem Einwand entgegenhalten: Auch heute bezahlen sie (theoretisch) mehr Steuern, ohne jeweils einen direkt zuzuordnenden Nutzen davon zu haben. Die Einkommensstarken sind insgesamt die Begünstigten - und kein Mensch kann im einzelnen auseinanderdividieren, wie viel davon eigenes Verdienst (Fleiß und Anstrengung) und wie viel davon Glück ist, Begünstigung durch Herkunft, genetische Ausstattung, Zufall.

Bezüglich der **Höhe der sozialen Leistungen** wird man politisch streiten und natürlich auch rechnen müssen. Staatlich garantierter Luxus dürfte weder ökonomisch machbar noch gesellschaftlich wünschenswert sein, weil er die Eigeninitiative lähmt. Jeder, der z.B. im Alter mehr haben will als die **Grundrente**, muss sich kümmern und in einen ‚persönlichen Topf‘ freiwillig einzahlen - regelmäßig, sporadisch, nach eigenem Belieben. Der unsägliche Bürokratismus, einschließlich der unsinnigen ‘Schwellen’ des gegenwärtigen Rentensystems wie Beitragsbemessungsgrenzen, Mindestbeitragszeiten, Ersatzzeiten usw. würden ersatzlos wegfallen. Jeder bekommt zusätzlich nach Maßgabe seiner persönlichen Einzahlungen - entsprechend einer mathematischen Formel, in die die durchschnittliche Lebenserwartung eingeht. Das Ganze könnte so einfach gestaltet werden, dass sich aus den bisher geleisteten Einzahlungen problemlos der bis dahin erreichte Rentenanspruch ermitteln lässt. Wer – wie viel oder wie wenig auch immer – in das System einzahlt, bekommt seine entsprechende Zusatzrente. Hier herrscht strenge Gerechtigkeit. Dem Solidarprinzip ist mit der Grundrente Genüge getan.

Eine notwendige Klarstellung

Diese „Zusatzrente“, die in das Belieben der Einzelnen gestellt wird, hat nichts mit der heute so massiv propagierten „kapitalgestützten“ privaten Altersvorsorge zu tun. Diese ist ein Versprechen auf tönernen Füßen. Wer glaubt ernsthaft, dass das (über)dynamische System globaler Geldgeschäfte⁵ eine Sicherheitsgarantie auch nur für die nächsten 20 Jahre bietet?⁶ Und auf eine Rente muss man 40 Jahre und mehr warten! Nein, die Organisation dieser Zusatzrente ist eine staatliche Leistung (Träger wären die öffentlichen Rentenkassen). Es ist gewissermaßen die abgespeckte, unbürokratische Form des heutigen Umlageverfahrens: wer wie auch immer in diese Kasse einzahlt, erhält im Alter aus dieser Kasse entsprechende Zahlungen. Natürlich gäbe es hier wie prinzipiell bei jedem Umlageverfahren das Problem, dass nicht zu jeder Zeit die getätigten Einzahlungen den fälligen Anrechten auf Zahlung entsprechen. Aber erstens wäre dieses Problem, da ja der Hauptbestandteil der Rente über Steuern finanziert wird, vom Umfang her geringer, und zweitens hängt letztlich immer die Zahlbarkeit der Rente und überhaupt die Finanzierung des Sozialsystems von der Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der sozialen Stabilität ab – und die Neuorganisation auch des Sozialsystems dient genau diesem Ziel.

Ähnlich wie die Vereinfachung des Steuersystems wirft das neue Rentensystem natürlich das konkrete Problem auf: Menschen, die heute von Bürokratie, komplizierten und überkomplizierten Regelungen und Verfahren leben, verlieren ihre Arbeit. Heerscharen von Beamten, die Rentenbescheide errechnen, werden nicht mehr gebraucht. Und nicht nur die:

⁴ Vgl. „Wir brauchen ein anderes Steuersystem“

⁵ Die Geschwindigkeit der Geldgeschäfte übertrifft heute sogar die der realen Wirtschaftsprozesse, erst recht die der individuellen, gesellschaftlichen und natürlichen Lern- bzw. Reproduktionsprozesse.

⁶ Als ich diesen Satz formulierte, ahnte noch niemand, wie schnell die Finanzkrise von 2007ff. den illusionären Charakter der Hoffnung auf „kapitalgestützte“ Sicherheit offenbaren würde.

auch die Rentenexperten wären überflüssig – so einfach wäre das System. Lediglich für einen gerechten Übergang auf das neue System bräuchte man sie noch eine Weile. Im Übrigen handelt es sich hierbei nur um ein größeres rechnerisches Programm, das zu bewältigen ist. Alle bis zum Übergangszeitpunkt erworbenen Rentenansprüche nach dem alten Beitragssystem müssten ermittelt und bei der Grundrente berücksichtigt werden. Dafür erscheint folgender Modus gerecht: Jeder bekommt seinen durch Beiträge im alten System erworbenen Rentenanteil zuzüglich der reduzierten Grundrente, und zwar reduziert nach Maßgabe des Zeitraums, in dem nach dem alten System Ansprüche erworben wurden. Keinem würde etwas genommen, ganz gleich, wie lange er Beiträge im alten System bezahlt hat. Unter diesem Aspekt könnte die Umstellung auf das neue System praktisch in einem Schritt erfolgen.⁷

Das gleiche Prinzip wie bei der Rente gilt beim **Arbeitslosengeld** und der **Krankenversorgung**: steuerfinanziertes Grundrecht auf soziale Sicherheit – Versicherung privat für alles, was darüber hinausgeht (individuelle Lebensstandardwahrung, Luxus). Jedem, der sich nicht vorstellen kann, im Falle der Arbeitslosigkeit mit dem auszukommen, was ihm die Solidargemeinschaft an Hilfe bieten kann, steht es frei, sich zusätzlich privat zu versichern. Analog sollte die Krankenversorgung auf dem Solidarprinzip aufbauen und durch die Gemeinschaft garantiert werden. Jedem sollte im Krankheitsfall (der jeden treffen kann) eine „angemessene“ medizinische Hilfe garantiert werden (d.h. nicht aus finanziellen Gründen verwehrt sein). Legt er darüber hinaus zusätzliche, persönlich motivierte Wünsche (Behandlung im Krankenhaus durch den Chefarzt persönlich, Einzelzimmer u.ä.) oder geht er zu seinem persönlichem Vergnügen besondere Risiken bewusst ein (z.B. durch Risikosport), dann sollte er dafür eine private Zusatzversicherung abschließen.⁸ Die Versicherungsmathematik würde schnell dafür sorgen, dass die Kosten von denjenigen getragen werden, die das Vergnügen haben. Diese Kosten würden nicht mehr mit den allgemeinen Kosten des Gesundheitswesens „verschmiert“ werden. Ein Stück vernünftige Marktwirtschaft.

Der Aufschrei der Empörung ist schon vor auszuhören: Einheitsrente, Einheitskrankenversorgung – Gleichmacherei, Sozialismus, DDR!

Nun, was die Rente betrifft: Sie war durch die automatischen Lohnabzüge auch in der DDR stets an die Arbeitseinkommen gebunden und damit unterschiedlich. Der Staat sorgte dafür, dass die Einkommensunterschiede ins Rentenalter verlängert werden. Genau diese komplizierte Aufgabe soll der Staat hier gerade nicht übernehmen. Warum sollte dies auch seine Aufgabe sein?! Der Staat garantiert ‘nur’, dass jeder im Alter das Lebensnotwendige hat oder besser gesagt: so viel, dass er menschenwürdig leben kann. Wer mehr haben will, muss sich privat kümmern. Die eigene Verantwortung und Initiative ist im höheren Maße gefordert als jetzt. Was das Gesundheitssystem betrifft: Was ist daran schlecht, wenn allen Menschen zunächst einmal eine gute Grundversorgung zusteht?

⁷ Natürlich ist damit nicht alles gesagt und es sind manche Fragen offen. Wie ist z.B. zu verfahren, wenn einer zwar sein Leben lang gearbeitet hat, dabei aber immer so schlecht bezahlt wurde, dass seine erworbene Rente geringer ist als die Grundrente? Es sollte gewährleistet sein, dass jeder *mindestens* die Grundrente bekommt.

⁸ Soll es auch eine private Zusatzversicherung für den Raucher geben? Diese wäre nicht praktikabel, da hier anders als beim Skiunfall keine eindeutige Ursachentrennung im Fall einer Erkrankung möglich ist. Das gelegentlich diskutierte Problem, ob Raucher einen höheren Krankenkassenbeitrag entrichten sollen, wird im neuen System gegenstandslos. Der Raucher bezahlt ja bereits zusätzlich in Form der Tabaksteuer.

Da steht natürlich schon der nächste Einwand ins Haus. Wird hier nicht ein Zwei-Klassen-Sozialsystem etabliert: die einen müssen sich mit den staatlichen sozialen Grundleistungen zufrieden geben, die anderen können sie durch zusätzliche Versicherungen aufbessern?

Dieser Einwand ist ganz grundlegend zu entkräften: Diese Gefahr wird gerade durch das neue System gebannt. Indem alle, auch die Reicheren, an der Finanzierung des Sozialsystems durch die Verbrauchssteuern automatisch beteiligt werden, können die sozialen Leistungen insgesamt ein höheres Niveau haben. Reichere können sich im neuen System leisten, was sie sich *immer und überall seit jeher* leisten können: Zusätzliches. Das gefährdet nicht die Basis des sozialen Systems. Heute hingegen bei der Beitragsfinanzierung melden sich die Reicheren gewissermaßen aus der Solidargemeinschaft ab, finanzieren sich selbst durch eigene Versicherungen ein hohes Niveau der Krankenversorgung, während im allgemeinen Gesundheitssystem die Mittel knapp werden. *Heute* kann man von einem Zwei-Klassen-System sprechen.

Zwischenruf: Ist das System noch marktwirtschaftlich?

Was hat das alles noch mit der viel beschworenen Kostenehrlichkeit zu tun? Man könnte vielleicht noch argumentieren, dass *ein Teil* der Krankheitskosten mit Umweltbelastungen, Emissionen, Verkehrslärm usw. (incl. des Ärgers darüber) zusammenhängen, und dass es insofern berechtigt ist, *einen Teil* des Gesundheitssystems über Energie-, Umwelt- und Transportsteuern zu finanzieren. Aber das gesamte Gesundheitssystem? Und erst recht die Rente? Das sind mit Gewissheit keine externen Kosten der Faktoren Energie usw., die internalisiert werden müssten, sondern eindeutig genuine Kosten des Faktors ‚lebendige Arbeit‘. Ist es nicht eine Sünde wider den Geist der Marktwirtschaft, das Sozialsystem generell über Verbrauchssteuern zu finanzieren? Auch wenn man konstatiert, dass es nicht die gesamten Kosten des Gesundheitswesens oder der Altersversorgung sind, von denen der Faktor Arbeit entlastet und die anderen umweltbezogenen Faktoren belastet werden, sondern ein Teil der Kosten beim Faktor Arbeit verbleibt (nämlich alles, was man privat von seinem Einkommen direkt für Gesundheit, Rente usw. zusätzlich aufbringt).

Ist diese „Sünde“ im neuen Finanzierungsmodell wirklich so groß? Es besteht kein Zweifel, dass wir unseren gegenwärtigen, geschichtlich einmalig hohen Wohlstand zu einem großen Teil dem sorglosen, verschwenderischen Umgang mit den Ressourcen der Natur in den letzten 200 Jahren verdanken. Besonders in den letzten Jahrzehnten haben wir mehr Energie verbraucht, als aufgrund unserer technischen Möglichkeiten zur Erbringung der Energiedienstleistungen nötig war (von der Frage, ob alle Energiedienstleistungen sinnvoll waren, ganz abgesehen). Je mehr wir Energie verbrauchen und die ökologische und soziale Umwelt belasten, desto mehr zechen wir auf die Kreide der Zukunft. Wenn man Schulden gemacht hat, genügt es nicht, keine Schulden mehr zu machen, sondern man muss versuchen, die Hypothek abzutragen. Unsere Anstrengungen, Energie zu sparen und die Umwelt zu schonen, waren in der Vergangenheit sträflich gering. Gerade an der Natur haben wir einiges „gutzumachen“. Von daher scheint es berechtigt, diesen Faktor zusätzlich durch einen Teil der sozialen Kosten zu verteuern, um einen schonenden Umgang mit der Natur stark zu forcieren. Wenn man in diesem Sinne die geschichtliche Dimension einbezieht – früher wurde zu wenig, heute dafür mehr gezahlt -, dann kann man vielleicht doch von Kostenehrlichkeit sprechen.

Eine riesige, unbezahlbare soziale Hängematte?

Aus der Sicht des Gewohnten muss das alles ziemlich abenteuerlich erscheinen. Jedem kommt ein Arbeitslosengeld zu, der keine Arbeit hat, jedem kommt im Alter eine Rente zu,

ganz gleich, ob und wie viel er gearbeitet hat. Eine riesige soziale Hängematte, in die sich alle unterschiedslos werfen können! Das ist das Ende der Selbstverantwortung, ohne die kein Gemeinwesen funktioniert!

Nun, im Prinzip kann auch heute, wer es darauf anlegt, in unserer Gesellschaft zeitlebens von der Sozialhilfe leben. Und dies ist keineswegs Motivation für die übergroße Zahl der Menschen, sich vor der Arbeit zu drücken. Man sollte bei der Frage: „Werden die Menschen dann noch Lust haben zu arbeiten?“ drei Punkte bedenken. Anders als heute, wo vielfach zwischen Niedriglöhnen und Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe kaum noch ein Unterschied existiert, wird im neuen Modell der Unterschied größer sein, denn wenn es mehr Arbeit gibt, werden Niedriglöhne unwahrscheinlicher. Zweitens wird auch der Leistungsdruck innerhalb der Arbeitswelt zurückgehen. Arbeit wird durch Humanisierung mehr Spaß machen. Und drittens wird das heute so verbreitete Modell ‚Arbeitslosengeld/-hilfe plus Schwarzarbeit‘ praktisch gegenstandslos, da Schwarzarbeit gegenstandslos geworden ist (wenn Arbeit weder mit Steuern noch mit Sozialabgaben belastet ist). Kein Arbeitgeber hat mehr einen finanziellen Vorteil, wenn er jemand eine Arbeit gibt, ohne das der für das Arbeitslosengeld/-hilfe verantwortlichen Behörde mitzuteilen.

Das neue System der sozialen Sicherheit würde insgesamt Eigenaktivität und Selbstverantwortung stärken. Es würde auch manche Quelle für Neid, Gejammer und Schuldzuweisungen wegfällen („Da habe ich nun mein ganzes Leben hart gearbeitet und jetzt diese miese Rente“). Die Dinge wären von Anfang an klar. Jeder weiß, es gibt eine einheitliche Grundrente, es gibt ein einheitliches „Arbeitslosengeld“ für alle, die keine Arbeit haben. Und wer eben keine persönliche Zusatzversicherung abschließt oder spart oder wer nicht arbeiten will - aus welchen Gründen auch immer -, der kann niemand anderem als sich selbst die Schuld geben, wenn er seine materielle Lage unbefriedigend findet. Und umgekehrt sollte derjenige, der sich mit dem Geld aus dem Sozialsystem auf seine Weise einzurichten vermag, ganz vom sozialen Druck entlastet sein, sich als minderwertig, als Schmarotzer und Drückeberger fühlen zu müssen. Auch in diesem Sinne könnte die neue Form der Finanzierung des Sozialsystems zum sozialen Frieden und zur Leistungsbereitschaft in der Gesellschaft beitragen.⁹

Das Stichwort „Selbstverantwortung“ bedarf einer klärenden Erläuterung. Viele werden das Loblied auf die Selbstverantwortung nicht mehr hören können. Für sie ist es nichts anderes als eine Kaschierung von Sozialabbau. Geht es bei dem neuen Modell nicht in dieselbe Richtung? Ich denke, Selbstverantwortung des Einzelnen ist und bleibt eine gute Sache, aber dafür müssen die politischen Bedingungen stimmen. Wenn die Politiker vom Einzelnen mehr Selbstverantwortung fordern und dabei gleichzeitig eine Politik betreiben, durch die die Voraussetzungen für den normalen Bürger, seine Selbstverantwortung wahrzunehmen, systematisch verschlechtert werden – dann ist das eine Verhöhnung der Bürger. Es ist ein Riesenunterschied, ob eine private Rentenvorsorge z.B. Teil einer Strategie ist, bei der Sozialleistungen an Mehrheiten eingeschränkt und die Gewinnmöglichkeiten von

⁹ Die Verlogenheit, mit der eine Gesellschaft, deren Wirtschaftssystem Arbeitslosigkeit systematisch erzeugt, die Arbeitslosen moralisch unter Druck setzt, ist eindrücklich in dem Buch von Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie, Zsolnay, Wien, 1997 für Frankreich beschrieben. In Deutschland ist man nicht weit davon entfernt. Menschen, die sich nicht mehr vermitteln lassen (wie es so schön heißt) und die Hoffnung aufgegeben haben, werden als „Scheinarbeitslose“ bezeichnet, die für den Arbeitsmarkt „nicht verfügbar“ wären und deshalb „unberechtigt“ kassierten. Kenner der Materie sprechen von einer „Verfolgungsbetreuung“, von „Drangsalieren und Schikanieren“ der Arbeitslosen durch die Arbeitsämter. bzw. -agenturen. Von den Demütigungen, die heute viele, die noch Arbeit haben, wegstecken, um nicht arbeitslos zu werden, ganz zu schweigen!

Minderheiten ausgedehnt werden, oder ob in einem System mit mehr sozialer Gerechtigkeit auch Freiheit und Selbstverantwortung des Einzelnen mehr Raum bekommt.

Es bleibt dabei, das System der sozialen Sicherheit darf auf keinen Fall Eigeninitiative und Bereitschaft zur Arbeit lähmen. In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere für die Regelung des Arbeitslosengeldes (bzw. Existenzeinkommens, s.u.) eine wichtige Frage. Soll derjenige, der sagen wir nur 10 Stunden in der Woche arbeitet, es ganz verlieren? Oder soll ihm, was er durch Arbeit verdient, vom Arbeitslosengeld abgezogen werden? Oder darf er bis zu einer gewissen Grenze dazuverdienen? Keine der drei angedeuteten Möglichkeiten wäre vernünftig. Fällt das Arbeitslosengeld bei geringer Arbeit weg oder wird sie entsprechend (1:1) reduziert, wird die Motivation zur Eigeninitiative schwer getroffen. Kann man bis zu einem gewissen Grad dazuverdienen, haben wir ein Schwellenproblem (mit der Frage, wo die Grenze gezogen werden soll, mit der Ungerechtigkeit und dem strukturellen Anreiz zum Betrug). Eine Lösung könnte vielleicht die folgende sein: Kürzung des Arbeitslosengeldes proportional zur Arbeitszeit. Wer keine Arbeit hat, bekommt das volle Arbeitslosengeld (bzw. Existenzgeld); wer z.B. 25% der gesetzlichen Arbeitszeit arbeitet, bekommt nur 75%; wer eine volle Stelle hat, gar keins. Auf diese Weise bleibt der Anreiz, durch Arbeit das Einkommen zu erhöhen, und es wird das Schwellenproblem vermieden. Großer bürokratischer Aufwand ist damit nicht verbunden – erforderlich ist lediglich eine strenge Meldepflicht der Arbeitgeber gegenüber dem „Arbeitsamt“ über die Stundenzahlen der Mitarbeiter. Nicht vergleichbar mit der Bürokratie, die heute für die Unternehmen am Faktor Arbeit hängt. Und wie schon gesagt: ein finanzieller Anreiz für den Arbeitgeber, sich dieser Pflicht zu entziehen, existiert im neuen System nicht.

Für manchen mag es schwer verdaulich sein, wenn das Sozialsystem ganz von Beitragszahlungen, also von persönlichen Leistungen des Einzelnen abgekoppelt wird. Irgendwie sträubt sich der Gerechtigkeitssinn. Es bezahlt zwar jeder mit seinem Konsum die neuen Verbrauchssteuern, mit denen das Sozialsystem finanziert wird, aber der eine kauft mit selbst erarbeitetem Geld ein, der andere mit dem Geld, das er als Unterhalt vom Staat bekommen hat. Hier stoßen wir auf eine sozialethische Grundsatzfrage. Es war oben von „Stimmigkeit“ die Rede, wenn jeder, der Steuern bezahlt, auch die Leistungen des steuerfinanzierten Sozialsystems in Anspruch nimmt. Was man in der Tat fragen kann, ist, ob jemand, der wenig oder gar nicht arbeitet, berechtigt ist, vom Staat finanziert zu werden – wenn man die üblichen Maßstäbe von Leistung zugrunde legt.¹⁰ Unsere Gesellschaft hat sich im Unterschied zu manchen anderen aus Gründen menschlicher Solidarität dafür entschieden bzw. aufgrund der hohen Produktivkraft (die nicht nur die Frucht dieser Generation ist; s.u.) dafür entscheiden können. Und diese Solidarität wird im neuen System weniger der Zerreißprobe ausgesetzt sein, als es heute ganz offensichtlich der Fall ist.

3. Steuerfinanzierung des Sozialsystems - eine tragfähige Option?

Ist das alles wirklich finanzierbar? Wir wollen dazu eine grob vereinfachte Rechnung für ein fiktives Land anstellen, das in der Größenordnung der Zahlen aber mit Deutschland übereinstimmt. Die Rechnung soll nichts weiter als das Prinzip der Kostenumschichtung verdeutlichen. Nehmen wir an, es müssten für das Gesundheitssystem jährlich 200 Mrd. €¹¹

¹⁰ Wenn die Leistungen von Menschen, die heute üblicherweise als „Nichterwerbsarbeit“ unter den Tisch fallen oder überhaupt keiner Erwähnung wert befunden werden (Kindererziehung, Hausarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten, Freundschaftsdienste, Freundlichkeiten, Ermutigungen aller Art usw.), berücksichtigt, sieht das mit der Gerechtigkeit vielleicht schon etwas anders aus.

¹¹ Die derzeitigen Gesundheitskosten liegen bei 218 Mrd. €. Quelle: Stat. Jahrbuch 2002, Tab. 18.16

und ebenfalls 200 Mrd. €¹² für Rentner und Arbeitslose aufgebracht werden – Summen, die im neuen System nicht über Beiträge, sondern über Verbrauchssteuern finanziert werden. Was würde das unter Einbeziehung des Umbaus des Steuersystems¹³ insgesamt bedeuten? Es lässt sich zeigen, dass die Finanzierung möglich ist und dabei drei Bedingungen eingehalten werden können: 1) Die Wirtschaft wird insgesamt nicht stärker belastet, 2) dem Staat entstehen keine Fehlbeträge, 3) die privaten Haushalte werden nicht stärker belastet:

Nehmen wir an, der Primärenergieverbrauch läge in der Größenordnung von 4000 Mrd. kWh¹⁴. Käme auf jede Kilowattstunde Primärenergie eine Steuer von zusätzlich 0,1 €, so wären das zusätzliche Steuereinnahmen von 400 Mrd. €. Damit wäre die Finanzierung des Sozialsystems unter den obigen Annahmen gesichert. Nun fällt jedoch im neuen Steuermodell die Lohn- und Einkommensteuer weg – sagen wir: ein Fehlbetrag in der Größenordnung von 170 Mrd. €¹⁵. Dieser Betrag müsste nun durch die anderen neuen Steuereinnahmen: Steuern auf nichtenergetische Rohstoffe und Umweltbelastungen (wie Abfälle, Emissionen, Lärm) sowie durch die Transportsteuer aufgebracht werden. Für den Staat wäre die Bilanz also ausgeglichen. Wie sieht es bei der Wirtschaft und bei den privaten Haushalten aus?

Um die Kostenverschiebungen zu verdeutlichen, nehmen wir zunächst an, dass die neuen Steuern (Energie- /Rohstoffsteuer, Umweltsteuer, Transportsteuer), die der Staat im neuen System einnimmt, also die ganzen 570 Mrd. €, auf die Wirtschaft entfallen. Dafür müssten von der Wirtschaft die 170 Mrd. € Lohn- und Einkommensteuer sowie die 400 Mrd. € für die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung nicht mehr als Kosten des Faktors Arbeit (direkt als Zuzahlung oder indirekt über die Löhne und Gehälter) aufgebracht werden. Für den Verbraucher würden sich die Gesamtausgaben für die Produkte nicht verändern, es wären keine neuen Steuern zu zahlen, und die neuen Nettogehälter wäre so hoch wie die alten (wenn man die Kranken- und Rentenbeiträge abzieht, die ja nicht mehr gezahlt werden müssen). Um 570 Mrd. € würde also unter dieser fiktiven Annahme der Faktor Arbeit entlastet und die umweltrelevanten Faktoren belastet. Gewaltige Verschiebungen.

Nun würden jedoch nicht alle neuen Steuern (die im Produktpreis an den Verbraucher weitergegeben werden) auf die Wirtschaft fallen. Ein Teil der neuen Steuern trifft den Endverbraucher *direkt* (höhere Müllentsorgungskosten, ggf. Emissionsabgaben auf Heizungsanlagen und PKW). Genau um den Anteil, den die Endverbraucher von den neuen Steuern *direkt* tragen, verbessert sich die Kostensituation der Wirtschaft. Sie wäre um die genannten 570 Mrd. € entlastet, aber nicht in der gleichen Höhe neu belastet. Theoretisch könnten die Produkte der Wirtschaft für den Verbraucher insgesamt also genau um die Summe billiger werden, die die Endverbraucher von der neuen Steuerlast *direkt* übernehmen. Der andere Weg des Ausgleichs besteht darin, dass über Arbeitskämpfe Lohn- und Einkommenserhöhungen durchgesetzt werden. Die Frage, welcher Ausgleichsmechanismus wirksamer ist: die Warenkonkurrenz, die die Gewinne zugunsten der Verbraucher reduziert, oder der Arbeitskampf, der Gewinne zugunsten der Arbeitnehmer reduziert, mag unter dem Aspekt des Belastungsausgleich in unserer groben Betrachtung irrelevant sein. In Bezug auf den Umsteuerungseffekt des Wirtschaftsgeschehens zugunsten des Faktors Arbeit besteht jedoch ein Unterschied. Würden der ganze theoretische Spielraum, den die Wirtschaft durch die verbesserte Kostensituation hat, über Preisreduzierungen ausgeschöpft werden und so den privaten Haushalte zugute kommen, dann würde der Faktor Arbeit um die ganzen 570 Mrd. €

¹² Im neuen System könnten mit dieser Summe z.B. 22 Mio. Menschen einen mtl. Betrag vom 750 € erhalten.

¹³ Vgl. „Wir brauchen ein neues Steuersystem“

¹⁴ Das entspricht ziemlich exakt dem derzeitigen deutschen Primärenergieverbrauch von 488 Mio. t SKE.

¹⁵ Entspricht der tatsächlichen Einnahmen aus dieser Steuer; vgl. Stat. Jahrbuch 2002, Tab. 21.6

entlastet. Würden er über Arbeitskämpfe für Lohn- und Einkommenserhöhungen ausgeschöpft, so wäre der Umsteuerungseffekt geringer: der Faktor Arbeit würde um einen geringeren Wert (aber immer noch um einen dreistelligen Milliardenbetrag) entlastet. Da beide Ausgleichsmechanismen wirken dürften, wird der Umsteuerungseffekt zwischen den beiden Werten liegen.

In der Summe gäbe es weder für die Wirtschaft noch den Verbraucher eine veränderte Kostensituation in der Summe, jedoch massive Kostenverschiebungen zwischen den einzelnen Posten.

Natürlich würde das beträchtlichen Druck auf den Verbraucher ausüben und Veränderungen im Lebensstil erzwingen, wenn z.B. energieintensive oder von weit her transportierte Produkte deutlich teurer werden, regionale Produkte z.B. aber dafür billiger. Aber das ist schließlich der Sinn der Sache. Wir müssen einen Weg finden, in der die soziale Not der Arbeitslosigkeit überwunden und die Umweltbelastungen reduziert werden. Das geht nicht, ohne dass wir unsere in den letzten Jahrzehnten zur Gewohnheit gewordene Lebensform korrigieren.

Und die Wirtschaft? Sind derartige Verschiebungen verkraftbar? Nehmen wir z.B. die Transportunternehmen. Für einen Lastwagen z.B., der 40 l auf 100 km braucht, würde der km allein aufgrund der Energiesteuer von 0,1 € pro kWh um 0,4 € teurer. Dazu käme dann noch die Transportsteuer, die nach obiger Überschlagsbetrachtung, selbst wenn sie vieles offen lässt, doch mindestens in der gleichen Größenordnung liegen müsste. Nehmen wir an, der gefahrene LKW-Kilometer würde insgesamt um einen Euro teurer – das sind Kosten für die Transportunternehmen, die nie und nimmer durch den Wegfall der Lohnsteuer und der Sozialkosten kompensiert werden können, wie man leicht überschlagen kann.

Für bestimmte Unternehmen und Institutionen (wie personalintensive Forschungseinrichtungen oder soziale Bereiche, Krankenhäuser, Schulen usw.) würde sich die Kostensituation verbessern, für andere verschlechtern. Die Transportunternehmen zählen zu den am härtesten betroffenen Unternehmen. Wenn man zur Kenntnis nimmt, dass sich die Spediteure schon heute in einem mörderischen Preiskrieg befinden, der vielfach auf dem Rücken der LKW-Fahrer ausgetragen wird, kann man dann überhaupt noch eine solche Kostenverschiebung verantworten?

Was die Transportunternehmen als solche betrifft, so ist da nichts zu beschönigen. Der ökonomische Druck auf die Transportunternehmen ist keine Nebenwirkung der Kostenverschiebungen, sondern ist ganz im Sinne der grundlegenden Zielsetzung: den Transport insgesamt und die damit verbundenen Belastungen für Mensch und Natur zu reduzieren, regionale Ökonomien zu stärken, den Druck auf die Arbeit durch Fernkonkurrenz zu reduzieren. Weniger Transport bedeutet natürlich: weniger Transportunternehmen. Strukturwandel ist schmerzhaft, auch wenn die Umstrukturierungen nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern in einem Zeitraum von Jahrzehnten. Einem langfristig nicht tragfähigen Kurs zu folgen, würde aber wesentlich schmerzhafter. Was das Problem angeht, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen heute vielfach auf dem Rücken der Fahrer ausgetragen wird, so kann man allerdings sagen: dass die Kostenverschiebungen eher zur Verbesserung der Situation beitragen. Wenn Arbeit weniger kostet und der gefahrene Kilometer (besonders der zu schnell gefahrene) als solcher mehr, wird das, was heute Druck für den Fahrer (und Risiko auch für andere) bedeutet (Hetze, schnelles Fahrenmüssen, lange Fahrzeiten) ökonomisch weniger attraktiv.

Es sei nochmals betont, dass die Überschlagsrechnung nur das Prinzip der Kostenverschiebungen verdeutlichen und plausibel machen sollte, dass sie in der Größenordnung möglich wären, die dem hier vorgeschlagenen Modell entspricht. Damit ist in keinesfalls festgelegt, dass alles genau so zu erfolgen hat. Zum Beispiel könnten die Transportsteuern um 40 Mrd. € geringer angesetzt werden, wenn man auf die kWh Primärenergie 0,11 € statt 0,1 € Steuern legt. Erst in der Praxis wird die sinnvollste Aufteilung gefunden.

Und schließlich sollte man nicht übersehen, dass bei dieser Überschlagsrechnung die Kosten, die bei den Staatsausgaben im neuen System wegfallen bzw. reduziert werden (all die Reibungsverluste der heutigen Fehlsteuerung, von den Kosten für innere Sicherheit über die Kosten zur Kompensation von Umweltschäden bis zu den Kosten für den wuchernden Straßenbau), nicht berücksichtigt sind.¹⁶

Der entscheidende Punkt: Gewaltige Kosten für Staatsausgaben und Sozialsystem hängen heute an der Arbeit und sind damit Produktionskosten. Im neuen System hängen sie selbstverständlich ebenfalls an der Produktion, aber eben nicht an der Arbeit, sondern an Energie- und Rohstoffverbrauch, Umweltbelastung, Transport. Diese Faktoren müssen letztlich nur so hoch besteuert werden, dass das Geld für die öffentlichen Aufgaben reicht. Mit welchem Anteil die drei Bereiche (Energie/Rohstoffe, Umwelt, Transport) belastet werden, kann hier offen bleiben. Ausgaben und Einnahmen des Staates, Mehrbelastungen und Entlastungen der Wirtschaft sowie der privaten Haushalte können immer in Einklang gebracht werden.

Die Kostenverschiebungen, wie sie die obige Überschlagsrechnung andeutet, mögen schockierend erscheinen. Doch viel schockierender ist die Tatsache, dass unsere Lebens- und Wirtschaftsform nicht nachhaltig ist, d.h. dass wir, wenn wir weitermachen wie bisher, die Grundlagen für Wohlstand und (menschenwürdiges) Leben systematisch zerstören. Das ist der Blickwinkel, unter dem wir diese möglichen Kostenverschiebungen sehen müssen, und da werden sie plötzlich zu einer positiven Botschaft: Uns sind die Hände *nicht* gebunden! Durch ein anderes Steuersystem und ein anders finanziertes Sozialsystem steht uns ein Potential in der Größenordnung von mehreren Hundert Mrd. € zur Umsteuerung des Fortschrittsprozesses in Richtung Nachhaltigkeit - zum Abbau der Arbeitslosigkeit wie zur Reduzierung des Naturverbrauchs – zu Verfügung. Es gibt keinen Grund für Kleinmut und Resignation. Ob man das ganze Potential ausschöpft und in wie schnellen Schritten, steht auf einem anderen Blatt. Entscheidend ist, dass wir das Gesamtpotential zur Umsteuerung als riesige Chance begreifen und auf dieser Grundlage ein langfristig tragfähiges, in sich stimmiges, gemeinsames Konzept für die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Umweltpolitik erarbeiten.

Basiseinkommen für alle?

¹⁶ Die ganze Rechnung sieht noch einmal anders aus, wenn man die Reform des Steuer- und Sozialsystems mit einer Änderung unseres Geldsystems verbindet (vgl. „Das Geld und die Frage der gerechten Verteilung“ www.mueller-reissmann.de). Wenn nämlich der etwa 30%ige Zinsanteil, der heute in allen Haushaltsausgaben durchschnittlich steckt, wegfiel, könnten auch die Kosten der sozialen Sicherheit insgesamt wesentlich sinken. Eine Rente z.B. von 750 € wäre dann von der Kaufkraft her eine Rente von etwa 1.100 €. Oder anders gewendet: Um ein Grundrente oder ein Arbeitslosengeld von der Kaufkraft von 750 € zu realisieren, müsste im Staatshaushalt nur die Summe von etwa 500 € angesetzt werden. Mit anderen Worten: die Finanzierung des Sozialsystems wäre für ein Gemeinwesen viel leicht zu schultern, wenn es nicht gleichzeitig einen zig milliardenschweren Transfer zur Subventionierung von Reichtum verkraften müsste.

Es gibt Überlegungen, die einen Schritt weiter gehen und die Einführung eines Basiseinkommens fordern, das an keinerlei Bedingungen geknüpft ist und jedem zusteht. Die Begründung ist bestechend: „Dieses Prinzip wäre revolutionär, weil der Rechtsanspruch auf dieses Existenzeinkommen damit begründet würde, dass man existiert, und nicht damit, dass man sonst nicht existieren könnte. Hinter dieser Idee steckt die Überlegung, dass die Produktivkraft einer bestimmten Gesellschaft auf dem gesamten wissenschaftlichen und technischen Wissen aufbaut, das sich frühere Generationen angeeignet haben. Ein an keinerlei Bedingungen geknüpftes Grundeinkommen wäre als Erbe dieses gemeinsamen Wissens zu verstehen...“¹⁷. Dieses Modell des „bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) wäre gegenüber dem hier vorgeschlagenen Modell, bei dem eine gewisse Verrechnung zwischen dem „Arbeitslosengeld“ (die Bezeichnung ist schlecht; „Existenzgeld“ wäre sicher besser) und dem Einkommen aus Arbeit vorgesehen ist, wohl die unbürokratischste Lösung. Ich denke auch, dass ein solches Modell – solange die Höhe des Grundeinkommens offen ist – prinzipiell nicht weniger finanzierbar sein dürfte als das hier vorgeschlagene. In Bezug auf die Frage nach dem Anreiz zur Arbeit dürfte es eher positiver abschneiden, da ein an alle ausgezahltes Grundeinkommen wohl niedriger sein müsste als ein Geld, das nur die bekommen, die keine Arbeit haben. (Falls es so niedrig wäre, dass man doch nicht davon existieren kann, wären wieder zusätzliche Hilfen erforderlich, und damit wäre die Aussage, dass es sich um die unbürokratischste Lösung handelt, doch wieder in Zweifel zu ziehen). Grundsätzliche Bedenken habe ich unter Gerechtigkeitsaspekt, wenn ich mir vorstelle, dass auch der das Existenzeinkommen erhält, der ein gutes Einkommen aus Arbeit hat. Ich denke, es gibt eine nahe liegende Synthese zwischen beiden Ansätzen, die dem neuen revolutionären Prinzip des Existenzeinkommens gerecht wird. Heute eine gut bezahlte (und humane) Arbeit zu haben, resultiert ja ebenfalls aus dem Erbe, dass durch die Arbeit auch der vor uns lebenden Generationen angehäuft worden ist. Man könnte also formulieren: Jeder heute lebende Mensch hat aufgrund des gemeinsamen Erbes ein Recht auf ein Einkommen aus Arbeit oder (wenn dies aus welchen Gründen auch immer nicht realisierbar ist) auf ein Existenzeinkommen. Das Erbe kann entweder so oder so in Anspruch genommen, aber es kann nicht doppelt in Anspruch genommen werden (wobei beliebige Mischungen zwischen beiden vorstellbar und realistisch sind; s.o.). Entscheidend ist, dass auch die (ganze oder teilweise) Inanspruchnahme des „Erbes“ in Form des Existenzeinkommens vom Odium der „Sozialhilfe“ oder des Almosens befreit wird und der demütigende Druck auf die „Arbeitslosen“ aufhört.

Das Basiseinkommen zielt nicht darauf, möglichst vielen Menschen ein Leben ohne Beteiligung an der Wertschöpfung der Gesellschaft zu ermöglichen. Im Gegenteil: Es steht im Zusammenhang des Gesamtmodells, bei dem die Überwindung der Arbeitslosigkeit eines der Hauptziele ist. Heute liegt ein großer Teil des menschlichen Potentials zur Wertschöpfung brach. Wir überwinden diese Misere nicht dadurch, dass die Arbeitslosen wie Kostgänger behandelt werden, sondern nur im Rahmen eines gesellschaftlichen Gesamtsystems, in dem Arbeit wertgeschätzt und nicht als lästigste aller Kosten möglichst effektiv wegrationalisiert wird¹⁸. Und vor allem: Indem aufgrund des Basiseinkommens die Menschen ohne Existenzangst ihr Tätigkeitsfeld wählen können, treffen sie insgesamt die bessere Berufswahl, wodurch die Produktivkraft der Gesellschaft erhöht würde.

4. Worauf es eigentlich ankommt: Nachhaltigkeit

¹⁷ Ignacio Ramonet: Kriege des 21. Jahrhunderts, Rotpunktverlag, Zürich 2002, S. 214

¹⁸ Vgl. „Die Mythologie der Neuzeit – ideologisches Hindernis für ein anderes Steuersystem“ www.mueller-reissmann.de.

Wir haben eine Wirtschaft mit einer gewaltigen Produktivität, deren Hauptproblem zu sein scheint, wie sie ihre Produkte losschlagen kann, so dass sie allein für die Reklame jedes Jahr 25-30 Mrd. € ausgibt. Eine Wirtschaft, die ein Gutteil ihrer Produktivität durch eingebauten Verschleiß verschwendet oder in überflüssige und sinnlose Produkte steckt, deren Grenznutzen für die Lebensqualität gegen Null geht oder bereits negativ ist. Für wie viel Schund, den niemand wirklich braucht, werden heute arbeitende Menschen geschunden, die eigentlich viel Nützlicheres produzieren könnten! Von daher sollten wir uns vom Gerede der Politiker über die Notwendigkeit des Sparens, die unvermeidbaren Einschnitte ins Sozialsystem, die Nichtfinanzierbarkeit der Renten usw. nicht schon ganz kopfscheu machen lassen und als Junge oder Alte beklommen in die Zukunft blicken. Vergewegenwärtigen wir uns, dass wir in einer Überproduktionsgesellschaft leben. Wieso sollte da die materielle Versorgung der Rentner oder ein ordentliches Gesundheitssystem nicht mehr bezahlbar sein?

Wir haben gesehen, dass die beklemmende Optik der wachsenden Finanzierungsprobleme für unser Sozialsystem damit zusammenhängt, dass im System ein Teufelskreis enthalten ist. Die ganze Last eines wachsenden Sozialsystems – das schon allein aufgrund der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft wächst – liegt auf immer weniger Beitragszahlern, den Arbeitsplatzinhabern (wobei der Druck auf den Faktor Arbeit dann auch noch durch Lohnsteuern erhöht wird). Indem wir so die Arbeit gleichsam erdrücken, wegrationalisieren oder ins Ausland treiben, zerstören wir das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben für Sozialsystem und Staatshaushalt (und letzten Endes auch zwischen Produktion und Konsum). Die andere Finanzierung des Sozialsystems und der Steuereinnahmen bilden eine notwendige Voraussetzung dafür, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Aber ist damit das Problem gelöst? Indem man durch Verbrauchssteuerfinanzierung die Last auf alle Schultern verteilt und ein nominelles Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen zurückgewinnt?

In der Tat haben wir die ganze Zeit nur vom nominellen Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen geredet. Von Geld, von Zahlen. Die entscheidende Frage ist, ob die Gesellschaft in Zukunft in der Lage sein wird, auch in materieller Hinsicht einen wünschenswerten Wohlstand zu erhalten.

Betrachten wir die private Zusatzrente. Wird die Gesellschaft überhaupt zu jenem späteren Zeitpunkt, wo die Rente fällig ist, leistungsfähig genug sein, um den Leistungsanspruch, den das angesparte Geld darstellt, adäquat zu erfüllen? Wenn z.B. das für die private Zusatzrente gesparte Geld lediglich (in der Hoffnung auf hohe Renditen) in den Bau chinesischer Banktürme investiert wird, kann dieses Geld sehr wenig dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit jener Volkswirtschaft, die einmal die Rente bezahlen soll, nämlich unsere, zu erhalten. Wenn das Geld aber angelegt wird, um z.B. die energetische Effizienz unseres Systems zu erhöhen, so dass die Energiekosten der zukünftigen Gesellschaft geringer sind, dann schon eher. Die Frage stellt sich analog für die Grundrente wie für alle Sozialausgaben und letzten Endes für Einkommen, Vermögen und für das Geld überhaupt.

Die alles entscheidende Frage – auch gerade in Bezug auf das Rentenproblem - ist, ob unserer Gesellschaft eine nachhaltige Entwicklung gelingt. Aber genau dazu sollen das andere Steuersystem und die andere Finanzierung des Sozialsystems beitragen. Diese Veränderungen sollen erstens bewirken: dass wir die Menschen, die wir – gerade im Blick auf den Bevölkerungsrückgang - brauchen werden und zwar als gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter, heute nicht in der Arbeitslosigkeit verkommen lassen oder durch Überforderung, schlechte Bezahlung, unbefriedigende Arbeit usw. demotivieren. Dass wir ihre Produktivkraft

nutzen und entwickeln. Und zweitens: dass wir unsere heutige Leistungskraft verstärkt nutzen, um die Bedingungen des zukünftigen Lebens zu verbessern anstatt durch unnötig verschwenderische Techniken und Nutzungsformen weiter zu belasten, konkret: dass wir die Energie- und überhaupt die Ressourceneffizienz massiv steigern (dadurch Kosten und Abhängigkeiten reduzieren), die Umweltbelastungen (und damit die Kompensationskosten) reduzieren, regionale Ökonomien stärken usw. Also insgesamt nicht länger einem umsatzorientierten, sondern stattdessen einen effizienzorientierten Fortschritt vorantreiben, und dass wir (eine Ebene höher) durch Bildung, Aufklärung, Förderung des politischen Zukunftsdiskurses und gesellschaftlicher Lernprozesse das Leitbild eines Wohlstands fördern, der stärker auf sozialer Gerechtigkeit, gesunder Umwelt, Bildung, Kultur und anderen ‚immateriellen‘ Werten fußt und weniger auf (zweifelhaften und überflüssigen) ‚Wertschöpfungen‘ der Wirtschaft. Unsere Wirtschaft wird dann in Zukunft - auch einer wachsenden Zahl von Rentnern – auch in materieller Hinsicht immer noch einen einmaligen (historisch und weltweit gesehen) hohen Lebensstil ermöglichen.

Ist da nicht ein grundlegender Widerspruch in der ganzen Argumentation?

Einerseits soll durch die andere Besteuerung und Finanzierung des Sozialsystems die Steigerung der Arbeitsproduktivität gedämpft werden – wegen der hohen Arbeitslosigkeit heute. Andererseits wissen wir, dass in Zukunft die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung im Verhältnis zu den Rentnern zurückgeht. Die Bevölkerungsentwicklung würde doch gerade die forcierte Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordern, damit mit weniger Arbeitenden die vielen Nichtarbeitenden ernährt werden können, oder?

Dieser Einwand klingt einleuchtend. Weniger arbeitende Leistungsträger, mehr nicht arbeitende Leistungsempfänger – das geht nur, wenn die Arbeitsproduktivität steigt. Heißt also, wir müssen verstärkt weitermachen wie bisher? Falsch. Erstens verschiebt sich bei einem kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang das Verhältnis zwischen dem arbeitenden und dem nicht arbeitenden Teil der Bevölkerung gar nicht so dramatisch, wenn man berücksichtigt, dass zwar mehr Alte, aber weniger Kinder und Jugendliche miternährt werden müssen. Zweitens wird die Konzentration auf die Arbeitsproduktivität das System immer mehr aus dem Gleichgewicht treiben und die Bedingungen für die zukünftige Leistungserbringung ständig verschlechtern. Da sind wie gesagt die vielen jungen Arbeitskräfte, die keinen Ausbildungsplatz und keine Arbeit finden, und „verkommen“. Da sind die wachsenden Umwelt- und Sozialkosten. Von dem Problem ganz zu schweigen, dass wir heute immer weniger dem ökonomischen Zwang widerstehen können, billige ausländische Arbeitskräfte zu nutzen, anstatt unsere eigenen Arbeitskräfte für die Zukunft fit zumachen. Unsere Zukunft hängt nicht von der Menge an „Wertschöpfungen“ ab, die wir pro Zeiteinheit erbringen, entscheidend sind die Gesamtbedingungen der Wertschöpfung und die Dienlichkeit der geschaffenen Werte für einen wirklichen – natur-, sozial- und menschenverträglichen - Wohlstand. Was nützt uns die massenhafte „Schöpfung von Werten“, deren praktischer Wert durch eingebauten Verschleiß und deren „psychologischer“ Wert durch immer neue „Verbesserungen“ rasch verloren geht, während die damit verbundenen Umweltschäden bleiben?

Anmerkung zur gegenwärtigen Diskussion

Angesichts der drückenden Finanzierungsprobleme des Gesundheitssystems sind selbst in konservativen Kreisen so revolutionäre Ideen wie eine „Bürgerversicherung“ vernehmbar. Es geht um die Verhinderung bzw. Überwindung einer „Zweiklassenmedizin“ – private Versicherungen für die gesünderen, jüngeren, ‚leistungsstärkeren‘ Bevölkerungsgruppen,

gesetzliche Versicherung für die kränkeren, älteren, ‚leistungsschwächeren‘. Die Last soll auf mehr Schultern verteilt werden. Eine gute Idee. Aber lange nicht konsequent genug. Der hier vertretene Ansatz geht in der Gleichverteilung der Lasten einen großen Schritt weiter: an der Finanzierung sind nicht nur *alle Einkommensgruppen* beteiligt, sondern *alle Menschen* (denn es werden ja nicht nur Einkommensbezieher krank).

Hinzu kommt ein entscheidendes Manko: Diese und ähnliche Modelle („Kopfpauschale“ und wie all die anderen Vorschläge zur Reform des Gesundheitssystems heißen mögen) haben einen Grundfehler: sie entlasten den Faktor Arbeit nicht wirklich. Denn wie die Finanzierung im einzelnen auch aussehen mag, solange sie an Personen gebunden ist und aus deren Einkommen bezahlt werden muss, bleibt sie letztendlich ein Teil des Kostenfaktors Arbeit. Eine durchgreifende Entlastung des Faktors Arbeit findet dann und nur dann statt, wenn die Kosten an *anderen* „Produktionsfaktoren“, an Energieverbrauch, Umweltbelastung, Transport, festgemacht werden. Genau das leistet der hier vertretene Ansatz. Er würde die Arbeit wirklich verbilligen und zugleich die Naturbelastung verteuern und damit insgesamt einer nachhaltigen Entwicklung dienen - das weitaus zukunftsträgigere Konzept.

5. Steuerung des Fortschritts - der große Spielraum der Politik

Das hier vorgeschlagene grundlegend andere System der Besteuerung und Finanzierung des Sozialsystems fußt auf folgendem Modell von „Arbeit und technischem Fortschritt“:

Für jede Erbringung einer sog. „Wertschöpfung“ (in Form eines Produktes oder einer Dienstleistung) wird eine bestimmte Menge beansprucht:

- 1) an menschlicher Arbeit,
- 2) an Energie und Rohstoffen (incl. Wasser),
- 3) an Umweltbelastung und
- 4) an Transport.

In jeder erbrachten „Wertschöpfung“ steckt gewissermaßen bleibend eine mehr oder weniger große Menge von jedem diesen vier realen „Faktoren“¹⁹. Die Information bzw. das Wissen ist nicht etwas, was neben diesen Faktoren auf derselben Stufe steht, sondern diese nehmen eine übergeordnete Stellung ein. Information organisiert nach Maßgabe der Kostensituation den Wertschöpfungsprozess insgesamt und bestimmt letztlich über die „Anteile“ der Faktoren. Technischer Fortschritt wird heute landläufig verkürzt als Prozess der Steigerung der Arbeitsproduktivität angesehen, also als quasinatürlicher Prozess, der automatisch dafür Sorge trägt, dass in der Wertschöpfung der Anteil der Arbeit immer geringer wird. Das bedeutet, sofern diese Art von technischem Fortschritt nicht durch ständiges Wirtschaftswachstum (und/oder Arbeitszeitverkürzung) kompensiert werden kann, logischerweise wachsende Arbeitslosigkeit. Politik wird damit auf den verzweifelten Versuch „festgenagelt“, Wirtschaftswachstum gegen alle Vernunft und alle sozialen und ökologischen Grenzen erreichen zu wollen. Begreift man aber technischen Fortschritt als einen Prozess der

¹⁹ Wo bleibt in dieser Zusammenstellung das Kapital, das in der etablierten Wirtschaftswissenschaft als Produktionsfaktor gilt? Das Kapital ist kein Produktionsfaktor, der ‚im‘ Produkt bleibt, sondern eine (notwendige) Vorleistung für die Produktion, die aber, damit das ganze Wirtschaftsverfahren Sinn macht, vom fertigen Produkt ‚zurückgegeben‘ wird (vgl. Franz Groll: *Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert. Der Weg zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft*, Riemann, München 2004), S.84ff). Trotzdem ist mit jeder Wertschöpfung auch eine spezifische Verschiebung in der Verfügung über Kapital bzw. Geld verbunden. Sie wird aber eher weniger durch die Art der Besteuerung als vielmehr durch das Geldsystem selber bestimmt (s. Kap. 3)

Organisation der Wertschöpfung in einem umfassenden Sinne, dann ergibt sich ein großer politischer Spielraum, dann ergeben sich verschiedene denkbare Wege. Dann kann man den Fortschrittsprozess so organisieren, dass im Laufe der Entwicklung in den „Wertschöpfungen“ nicht der Faktor Arbeit abnimmt (bzw. weniger stark abnimmt oder ggf. sogar zunimmt), dafür aber stärker die Faktoren Energie und Rohstoffe und Wasser, Umweltbelastung und Transport reduziert werden. Dies zu organisieren, darüber hat Politik grundsätzlich die Macht, indem sie die Kostensituation verändert – vor allem durch eine andere Form der Besteuerung und der Finanzierung des Sozialsystems. Sie nimmt damit wirksamen Einfluss auf den Einsatz von Kapital. Die Grundfrage in der heutigen Situation (hohe Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen Folgen, hohe Energie- und Rohstoffabhängigkeit, auf die Dauer nicht tragbare Umweltbelastung, wahnwitziges, absurdes Verkehrsaufkommen) lautet: Wird Kapital vorwiegend zur Reduzierung des Faktors Arbeit oder aber zur Reduzierung der anderen Faktoren eingesetzt? Je teurer ein Faktor ist, desto mehr lohnt es sich ökonomisch, Kapital einzusetzen (geeignete Techniken, Maschinen, Methoden, Verfahren zu entwickeln oder zu kaufen), um diesen Faktor zu reduzieren.

Die Botschaft lautet also zusammengefasst: **In der heutigen Situation dürfen die Finanzierung des Staates wie des Sozialsystems nicht länger am Faktor Arbeit hängen und ihn so künstlich verteuern, sondern müssen an die Faktoren Energie/Rohstoffe/Wasser, Umwelt und Transport/Verkehr gehängt werden. Die Lösung des Arbeitslosenproblems ist allein durch eine wirkliche, grundlegende Steuer- und Sozialreform möglich. Keine Lohn- und (Arbeits-)Einkommensteuer mehr, keine Mitgliedsbeiträge für Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- oder Pflegeversicherung! Alles wird über eine Besteuerung des Verbrauchers finanziert und zwar in dem Maße, wie sein Konsum natürliche Ressourcen verbraucht, die Umwelt belastet und Verkehr erzeugt.**

Eine Politik, die mehrere Fliegen mit einer Klappe schlägt: die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft, die Last des Sozialsystems auf alle Schultern verteilt, Energie/Rohstoffe/Wasser spart, die Umweltbelastung reduziert und den (Güter-)Verkehr bündigt. Die gegenwärtige Politik hingegen ist der systematische Weg, alle diese Probleme gleichzeitig zu verschärfen. Daran ändern auch viele einzelne gezielte Gegenanstrengungen und partielle Erfolge nichts. Wenn der Rahmen nicht stimmt, stimmt nichts.

Das klingt viel zu schön, um wahr zu sein. Ein Königsweg, der alle Probleme löst? Vor allem, was die Überwindung der Arbeitslosigkeit angeht, werden viele Zweifel haben. Und manche mehr als Zweifel. Für sie geht der ganze Ansatz an den Herausforderungen eines globalisierten Marktes vorbei.

6. „Wir leben nicht auf einer Insel“ – Sozialstaat und globale Wettbewerbsfähigkeit

Um das vorgelegte Konzept noch einmal plakativ zu verdeutlichen, konfrontieren wir es mit der Kritik aus der Sicht des heute herrschenden neoliberalen Weltbildes.

Was nützen uns, würde der neoliberale Ökonom sagen, diese Verschiebungen zwischen den einzelnen Kostenfaktoren der Wirtschaft, wenn die Kostenbelastung unserer Wirtschaft im Vergleich zu unseren Konkurrenten auf den Weltmärkten insgesamt zu hoch ist! Auch wenn die Verschiebungen bei der Finanzierung von Staat und Sozialsystem so gestaltet werden können (wie hier behauptet), dass die Wirtschaft insgesamt im Durchschnitt nicht mehr als

heute belastet wird, so mag das lobenswert sein, aber *Verschiebungen* bei den Kosten lösen das Hauptproblem nicht. Wir brauchen nicht eine andere Finanzierung des Staates, sondern *weniger Staat*, nicht andere Steuern, sondern *Steuersenkungen*. Wir brauchen nicht eine neue Finanzierung unseres Sozialsystems, sondern wir müssen, ob wir wollen oder nicht, unser Sozialsystem abspecken (auf das Wichtige beschränken und es so dauerhaft erhalten; wer mehr will, muss privat vorsorgen usw.). In den Preisen unserer Produkte schleppen wir unseren ganzen (unnötig aufgeblähten) Sozialstaat mit! So bleiben wir auf die Dauer nicht wettbewerbsfähig!

So oder ähnlich würden die neoliberalen Ökonomen reden. Dazu zunächst zwei relativierende Bemerkungen. Erstens wickeln wir einen Großteil unseres Warenaustauschs mit Ländern ab, die ein vergleichbares Sozialsystem „mitschleppen“. Zweitens sind in unseren Preisen nicht nur unser Sozialsystem, gewissermaßen das „leistungslose Einkommen“ von „Bedürftigen“ enthalten, sondern auch das leistungslose „Einkommen auf Vermögen“²⁰. Wenn es den „Pächtern der gesamtwirtschaftlichen Vernunft“ ernst ist mit der Belastung der Wirtschaft durch leistungslose Kosten bzw. Kostgänger, warum reden sie immer nur über das eine und nie über das andere?

Mit dem hier vertretenen Modell und der neoliberalen Position prallen zwei diametrale Sichtweisen aufeinander. Für den Neoliberalen ist der Weltmarkt Dreh- und Angelpunkt seines Denkens. Der globale Wettbewerb als solcher ist nicht nur unabdingbare Realität, sondern die Erfolgsmethode für die Entwicklung der Wirtschaft schlechthin. Unter dieser Weltsicht ist die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ oberster Wert und Orientierungsmaßstab, dem sich alles andere unterzuordnen hat. Unter diesem Blickwinkel ist die Argumentation für den „schlanken Staat“, „Teilprivatisierung des Sozialsystems“, „niedrige Lohnabschlüsse“, „Lockerung des Kündigungsschutzes“, „Rente erst mit 67“ usw. - all das, was uns tagtäglich in Zeitungen und Talkrunden erzählt wird - in sich logisch, ob auch ehrlich, ist eine andere Frage (wenn Jahr für Jahr die Statistik unsere „Exportweltmeisterschaft“ belegt, fragt man sich schon, was das Hauptmotiv der Argumentation ist: die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes oder die Gewinne gewisser Leute).

Das hier vertretene Modell geht von einem anderen obersten Orientierungsmaßstab aus: der dauerhaften Erhaltung unserer natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Und diese werden nicht durch (inhaltlich beliebige) Steigerung wirtschaftlicher Umsätze erhalten. Vielmehr ist eine (inhaltlich qualifizierte) Umsteuerung der Entwicklung notwendig und zugleich die Dominanz des Weltmarktes zugunsten von mehr Binnenmarkt zurückzudrängen, um eine stärker eigenständige, ökologisch angepasste, unserer Kultur entsprechende Entwicklung zu fördern. Begrenzende Regelungen für den internationalen Handel sind aus dieser Sichtweise unabweisbar. Wenn im Preis unserer Produkte hohe Löhne und unser ganzer Sozialstaat steckt, unsere gewollte staatliche Ordnung, unsere sozialen Errungenschaften, Arbeitsschutz, Umweltschutz usw., und wir mit Ländern konkurrieren, in deren Produktpreisen menschenunwürdige Löhne, Kinderarbeit und kaum Sozialstaat steckt, kaum Arbeitnehmerrechte, kaum Umweltschutz usw. (dafür bei manchen unserer Konkurrenten ein gerüttelt Maß an Repressionsapparaten, Überwachungsstrukturen, Geheimpolizei usw.!), dann kann doch nicht die Konsequenz lauten: wir brauchen niedrige Löhne, weniger Sozialstaat, weniger Umweltschutz usw., um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dann kann die Konsequenz

²⁰ Vgl. dazu grundlegend „Das Geld und die Frage der gerechten Verteilung“ www.mueller-reissmann.de.

nur lauten, *diesen* Wettbewerb in Frage zu stellen und gegenüber einer solchen Konkurrenz über geeignete Schutzmaßnahmen nachzudenken.

Ich bin mir bewusst, dass ich mich mit dem Thema „Schutz vor unliebsamer Konkurrenz“ auf ein vermintes Terrain wage, aber ich denke, je mehr das tun und hier Pflöcke einschlagen, auch wenn sie selbst Blessuren davontragen, desto „zugänglicher“ wird es für andere. Unser Land bzw. der europäische Wirtschaftsraum ist keine „Insel der Seligen“ und wird nie eine werden, aber bedeutet das, dass wir unbegrenzte Konkurrenz als Schicksal hinnehmen müssen? Ich nehme das Wort „Zoll“ in den Mund, füge aber sofort hinzu: es geht nicht einfach um beliebig unliebsame Konkurrenz, die man im eigenen, zumeist kurzfristigen Interesse ausschalten will – ein Odium, das dem Zoll herkömmlichen Stils anhaftet. Es geht vielmehr um einen „Zoll“, der sich (erstens) nach klaren sozialen und ökologischen Kriterien bemisst, und (zweitens) dessen wettbewerbsbegrenzender Effekt allen Partner langfristig zugute kommt.

Ich frage also: Was spricht dagegen, Produkte aus gewissen Ländern mit einem „Zoll“ – nach Maßgabe ihres Übermaßes an Ausbeutung von Mensch und Natur zu belegen? Wem würde ein solcher „Zoll“ schaden? Wäre er „Einmischung in innere Angelegenheiten“ dieser Länder oder gar eine subtile Form von Neokolonialismus? Eine solche Maßnahme zu unserem Schutz wäre im Gegenteil auch im wohlverstandenen Interesse der Länder, vor deren Produkten wir uns schützen: Sie wären gezwungen, ihr Augenmerk stärker auf die Entwicklung ihres eigenen Binnenmarktes und die Förderung eines breiten Wohlstands der eigenen Bevölkerung zu richten, anstatt alle Anstrengungen auf den Export zu konzentrieren, andere in den Ruin zu treiben, um wirtschaftliche Vormachtstellung auf dem Weltmarkt zu erobern. Und wenn es für China z.B. nicht mehr ökonomisch verlockend wäre, internationale Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Umwelt zu erkaufen, wären *wir* in erster Linie die Gewinner? Es wären die chinesischen Arbeiter und Bürger, denn Staub und giftige Emissionen verdünnern *ihren* Himmel, legen sich auf *ihre* Atemwege und brennen in *ihren* Augen. Und außerdem könnte auch finanziell deutlich gemacht werden, dass es sich nicht um einen „unfreundlichen Akt“ einem Land wie China gegenüber handelt, indem etwa durch den „Nachhaltigkeitszoll“ eingenommene Gelder (ganz oder teilweise) in einen Fond eingezahlt werden, aus dem „Nachhaltigkeitsprojekte“ (zum Klimaschutz oder zur Stärkung von Binnenmarktstrukturen) in China gefördert werden. Warum schützen wir uns also nicht wirtschaftlich vor Produkten, die objektiv unsere Arbeitsplätze, unsere menschenwürdigen Löhne, unser Sozialsystem usw. massiv gefährden?

Vordergründig lautet die Antwort: Weil wir dann nicht mehr so kostengünstig die Produkte jener Länder kaufen könnten. Im Klartext hieße das: der Verbraucher bei uns will selbstverständlich – so ist er nun mal, „der Verbraucher“! – aus brutaler Ausbeutung, Menschenverachtung, Kinderarbeit, Nichteinhaltung von Umweltauflagen in jenen Ländern – auch seinen Nutzen ziehen. Ich habe den Verdacht, dass es weniger an den Verbrauchern liegt („der Verbraucher will es so“), als vielmehr an den Interessen der Exportwirtschaft, die von den sog. Wachstumsmärkten Asiens profitieren will, sowie an all den „Geldanlegern“, die auf diesen Wachstumsmärkten ihr Geld besonders schnell ohne eigene Leistung zu vermehren hoffen. Der Schutz *dieser* Interessen gilt heute als fraglos legitim, der Schutz unserer Volkswirtschaft und der arbeitenden Menschen gilt hingegen als „Protektionismus“. Welche Prioritäten werden hier gesetzt? Und welcher Entwicklung liefern wir uns aus? Mit billigen Produkten aus instabilen Weltregionen und einer Wirtschaft, die vorrangig an den Geschäften interessiert ist, die sich dort machen lassen, ist Wohlstand langfristig nicht zu sichern. Besteht unsere ganze Hoffnung darin, Exportweltmeister zu bleiben, besteht wenig Hoffnung.

Wir haben es heute mit zwei Prozessen des Arbeitsplatzabbaus zu tun: Zur alten „inneren Fehlsteuerung“ (indem Staat und Sozialsystem an den Faktor Arbeit „gehängt“ werden), kommt ein neuer, mit der Globalisierung rasch wachsender „äußerer Prozess“ (Kosteneinsparung durch Verlagerung der Produktion in Länder mit billigen Arbeitskräften bzw. Import aus solchen Ländern), verbunden mit einem gewaltigen Abfluss des (bei uns verdienten, gesparten, ‚überflüssigen‘) Geldes in die Wachstumsregionen der Welt (allen voran nach China). Das Schlimme: der „äußerer Prozess“ verstärkt unter den derzeitigen Bedingungen den „inneren Prozess“ des Arbeitsplatzabbaus, denn je mehr unser Geld „nach China“ drängt und billige Waren „aus China“ auf unseren Markt drängen, desto mehr sieht man das Heil bei uns darin, Arbeit weiter zu rationalisieren (oder Löhne zu drücken und die sog. Lohnnebenkosten abzubauen) bzw. arbeitsintensive Bereiche ganz aufzugeben. Arbeit verschwindet doppelt schnell. Energie- und Rohstoffabhängigkeit usw. aber bleiben und damit Weltmarktabhängigkeit und Ausgeliefertsein an den „äußeren Prozess“ der Arbeitsplatzvernichtung.

Die „innere“ und die „äußere“ Arbeitsplatzvernichtung müssen beide gemeinsam angegangen werden, um den Teufelskreis, in dem sie sich heute gegenseitig aufschaukeln, zu durchbrechen. Wenn bei uns der Faktor Arbeit von der gewaltigen Steuer- und Soziallast befreit wird und gleichzeitig der Transport teurer wird, verringert sich die ökonomische Attraktivität des (weit entfernten) Landes mit billigen Arbeitskräften als Produktionsstandort. Aber damit dürfte das Problem noch nicht gelöst sein. Es ist die Selbstverständlichkeit der hohen Renditeerwartung von Reichen und die ungezügelter Freiheit des Kapitalverkehrs, die es erlaubt, Geld an jeden Ort der Welt zu transferieren (und wieder abzuziehen), es ist vor allem diese berechenbare Unberechenbarkeit des Kapitals, die heute einen Strich durch viele Rechnungen macht. Nicht ein Warenverkehr, der Welteile mit unterschiedlichsten Entwicklungsständen, politischen Verhältnissen, Arbeitsbedingungen usw. in einen gnadenlosen Wettbewerb zwingt und gegeneinander ausspielt, sondern nur ein durch soziale und ökologische Regeln begrenzter Wettbewerb kann den Wohlstand überall in der Welt voranbringen.

Noch ist dieser Weg verbaut durch die Ideologie des freien Welthandels²¹, die alle Volkswirtschaften gleichermaßen zwingt, ihr Heil darin zu suchen, „Exportweltmeister“ zu werden, und die der Politik nicht erlaubt, den Wohlstand in erster Linie durch Entwicklung der Binnenwirtschaft zu sichern und den „Umweg Weltmarkt“ erst in zweiter Linie zu wählen, und die schon den kleinsten Versuch der Politik in dieser Richtung als „Protektionismus“ oder „Isolationismus“ diffamiert und dazu alle Teufel an die Wand malt: „kurzsichtiger Egoismus“, „Kirchturmspolitik“, „Realitätsblindheit“, „Festhalten am Überkommenen“, „Nostalgie“ usw. Das hier vorgestellte Modell – Aktivierung unserer eigenen, „nachwachsenden“ ‚lebendigen Arbeit‘, Reduzierung unseres (unnötig aufgeblähten) Energie- und Rohstoffbedarfs, der uns extrem abhängig von anderen macht (was zu einer risikoreichen wie beschämenden „Sicherungspolitik“ zwingt) – bildet die Voraussetzung für einen europäischen Weg größerer Unabhängigkeit und Eigenständigkeit.

²¹ Vgl. dazu „Die Mythologie der Neuzeit – ideologisches Hindernis für eine anderes Steuersystem“, Punkt 3.